

Silvesterkrawalle – Polizei und Rettungskräfte immer häufiger Ziel von Angriffen

Das Jahr 2022 war aus vielerlei Gründen ein ganz besonderes Jahr, das im kollektiven Gedächtnis sicher nachhaltig in Erinnerung bleiben wird – sicher überwiegend mit negativen Empfindungen.

Neben dem Beginn des furchtbaren Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, werden in Deutschland sicher die beispiellose Inflation sowie die Diskussionen rund um die Gefahr eines Blackouts aufgrund einer Mangellage im Energiesektor in Erinnerung bleiben.

Kolleginnen und Kollegen in ganz Deutschland werden sicher die grausame Ermordung von Kommissaranwärterin Yasmin B. und Polizeioberkommissar Alexander K. im Landkreis Kusel (Rheinland-Pfalz) am 31. Januar 2022 im Gedächtnis bleiben. Eine beispiellose Tat, die auch ein Jahr danach fassungslos macht.

Natürlich werden viele Menschen im persönlichen Bereich auch positive Erlebnisse mit

dem Jahr 2022 verbinden. Dennoch darf man annehmen, dass in der Gesellschaft überwiegend die Haltung bestand, den Jahreswechsel und damit einen positiven Neuanfang herbeizusehnen.

Aus der Sicht vieler Polizistinnen und Polizisten sowie zahlreicher Rettungskräfte, brachte der Jahreswechsel aber keinesfalls positive Aspekte mit sich.

Das Jahr 2023 hatte schließlich gerade erst begonnen, da wurden die vielen guten Neujahrswünsche, die sich im Dienst befindliche Einsatzkräfte von Polizei und Rettungsdiensten untereinander deutschlandweit übermittelt haben, bereits ad absurdum geführt. Den Grund dafür lieferten Attentäter, die in vielen (Groß-

Städten die Silvesternacht dazu nutzten, massive Gewalt gegen Mitbürger und insbesondere Polizei und Rettungskräfte auszuüben. Berlin, Hamburg, Frankfurt, Essen, Hagen, Düsseldorf und viele andere Städte wurden zum Schauplatz von Straßenschlachten. Silvesterböller, sprengstoffrechtlich als „Pyrotechnik für Vergnügungszwecke“ klassifiziert, wurden hierbei zu Waffen umfunktioniert, um Bürgerinnen und Bürger sowie Polizistinnen und Polizisten als auch Rettungskräfte zu verletzen. Über 40 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wurden allein in NRW verletzt. Die Beschädigung und Zerstörung von Rettungswagen und Einsatzfahrzeugen der Polizei wurde nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern war erkennbar Ziel vieler Angriffe. Zahlreiche Fahrzeuge wurden durch zu Waffen umfunktionierten Böllern, aber auch durch andere Wurfgegenstände (Feuerlöscher, Pflastersteine) teils



© Fiegel

> Fordert im Namen der DPolG umfangreiche Initiativen zur Bekämpfung der Gewalt im öffentlichen Raum und ist nicht bereit, die sich immer schneller drehende Gewaltspirale zum Nachteil von Einsatzkräften hinzunehmen – der Landesvorsitzende der DPolG NRW, Erich Rettinghaus.

schwer beschädigt. Insgesamt wurden allein in NRW rund 250 Freiheitsentziehungen im Zusammenhang mit Krawallen vorgenommen.



> Die Ereignisse der Silvesternacht 2015 in Köln stellten einen Wendepunkt dar. Bis heute ist es nicht gelungen, die Spirale der Gewalt im öffentlichen Raum zurückzudrehen. Zuletzt richtete sich die Gewalt zunehmend gegen Einsatzkräfte der Polizei, Feuerwehr und andere Rettungskräfte.

© Gerhardt



In vielen Fällen wurden bewusst Barrikaden errichtet und angezündet, um Einsatzkräfte der Polizei und Feuerwehr bei Beseitigung der Gefahrenlagen anzugreifen. Hinzugerufene Rettungssanitäter wurden unmittelbar nach ihrem Eintreffen ebenfalls Opfer der Angriffe.

Die Empörung im politischen Spektrum war am Neujahrstag groß – eine derartige Gewalt gegen Einsatzkräfte hatte es schließlich nach Einschätzung vieler Politiker noch nicht gegeben. Da, wie zuvor beschrieben, insbesondere Silvesterböller für Angriffe genutzt wurden, gab es in ersten Statements auch bereits einen klaren Lösungsvorschlag, wie auf derartige Geschehnisse adäquat reagiert werden müsse. Ein Böllerverbot – oder zumindest die deutliche Ausweitung von Böllerverbotzonen – sollte es richten.

So war es auf zahlreichen Kanälen der digitalen Medienlandschaft bereits am Neujahrstag zu vernehmen. Allen voran forderte der Landesverband der GdP Berlin das bundesweite Verbot von Böllern zu Silvester.

Man kann sicher viele Gründe für ein „Böllerverbot“ anführen. Auch der DBB hatte sich in der Vergangenheit schon positiv zu einem Verkaufsverbot frei erhältlicher Pyrotechnik zu Silvester ausgesprochen. Es darf und sollte aber durchaus infrage gestellt werden, ob durch ein „Böllerverbot“ auch

die hinter den Krawallen stehenden Haltungen erfolgreich bekämpft werden. Zweifel hieran sind durchaus angebracht.

Ein anderer Diskussionsstrang befasste sich mit den Urhebern der Angriffe und deren potenzieller Herkunft sowie der Motivlage der Täter. Hier wurde jedoch schnell deutlich, dass die Debatte sehr schnell aus den Fugen geriet und in bekannte Rollenmuster verfiel. Darüber hinaus konnten hinsichtlich der Motivlage nur Mutmaßungen geäußert werden. Staatsverachtung, Langeweile, Chancenlosigkeit, das Gefühl abhängt zu sein und ähnliche Aspekte wurden angeführt. Gewissheit über die Motivlage wird man erst erlangen, wenn die Taten analysiert und insbesondere die Täter durch die Polizei identifiziert sowie die Ermittlungsverfahren abgeschlossen sind.

► Silvesterkrawalle 2022/2023 sind nicht die ersten Vorkommnisse dieser Art

Betrachtet man die vergangenen Jahre, so kann festgestellt werden, dass die Krawalle des vergangenen Silvesters keinesfalls die ersten Ereignisse dieser Art sind.

Die Debatten darüber verstummen allerdings immer sehr schnell, sodass in der Öffentlichkeit tatsächlich der Eindruck entstehen kann, dass es sich um ein erstmaliges und gegebenenfalls auch einmaliges Ereignis handelt.

Schaut man aber allein die Pressemitteilungen an, welche der DBB und die DPoIG zu Silvester in den zurückliegenden Jahren veröffentlicht haben, so weiß man, dass Gewaltexzesse seit einigen Jahren zum Jahreswechsel dazugehören wie die Übertragung des „Dinner for One“ im WDR-Fernsehen.

► Gewaltexzesse und Silvester gehörten nicht immer zusammen

Die Einsatzintensität war in den Silvesternächten für die Polizei zwar immer hoch. Aber Exzesse wie sie im abgelaufenen Jahr und in den Jahren davor zu beobachten waren, hat es in der Qualität und Quantität nicht gegeben. Blickt man zum Beispiel auf den Jahreswechsel 1999/2000 in Berlin zurück, so kann eindeutig festgestellt werden, dass dort zwar ungeheuer viele Menschen zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule gefeiert haben (circa drei Millionen). Nennenswerte Ausschreitungen hat es aber nicht gegeben. Auch in den Jahren danach feierten die Menschen in den Städten durchaus ausgiebig. Zusammenrottungen und Angriffe auf Rettungskräfte und Polizei, wie sie zuletzt beobachtet wurden, hat es aber nicht gegeben.

► Kölner Silvesternacht 2015 – Einsatz mit völlig neuer Dimension von Gewalt

So schien es den Verantwortlichen in Köln im Jahr 2015 – durchaus nachvollziehbar – nicht sonderlich risikobehaftet, mit einem relativ geringen Kräfteansatz die Silvesterfeierlichkeiten auf der Domplatte zu begleiten – mit den bekannten verheerenden Folgen. Heute wäre ein Einsatz mit derart geringen Kräften und mit solcher flacher Hierarchieebene natürlich überhaupt nicht mehr denkbar.

Die Ereignisse der Kölner Silvesternacht waren so gravierend, dass eine umfassende und schonungslose Situationsanalyse vorgenommen werden musste. Allerdings musste dazu erst der damalige Polizeipräsident Wolfgang Albers in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Denn dieser hat-

te noch versucht, die Öffentlichkeit über die Geschehnisse zu täuschen. So hat er am Neujahrstag verkünden lassen, dass es eine recht ruhige Silvesternacht in Köln gewesen sei. Dies ließ sich allerdings nicht lange aufrecht halten. Am 5. Januar 2016 räumte Wolfgang Albers, gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin Henriette Reker im Rahmen einer Pressekonferenz ein, dass man Fehler gemacht habe. Allerdings betonte der Polizeipräsident damals noch, dass man keinerlei Angaben zu den Tätern machen könne. Schon bald nach dieser offensichtlichen Falschdarstellung folgte seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. Auf Wolfgang Albers folgte Jürgen Mathies, dessen Einsatztaktik für die Silvesternacht 2016 durch den Publizisten Jakob Augstein mit den Worten „2015 hatten wir in Köln einen rechtsfreien Raum – 2016 hatten wir einen grundrechtsfreien Raum“ scharf kritisiert wurde.

Die Polizei setzte 2016 auf großflächige Vorfeldkontrollen. Hierbei wurden männliche Personen mit nordafrikanischem Phänotypus daran gehindert, nach Köln zu fahren. Unabhängig von dem unmaßgeblichen Kommentar des Herrn Augstein, konnte die Polizei mit dieser Einsatztaktik einen klaren Erfolg vorweisen. Neben den Vorfeldkontrollen sorgte eine deutlich verstärkte Polizeipräsenz im Bereich der Domplatte dafür, dass Eigentum, körperliche Unversehrtheit und die sexuelle Integrität – also durchaus relevante Grundrechtsgüter – der Feiernden geschützt wurden. Darüber hinaus erließ die Stadt Köln im relevanten Bereich ein Böllerverbot.

► Was aber waren die Ursachen für den Einsatz-erfolg im Jahr 2016?

Die Polizei konnte seinerzeit faktenbasiert ihre Einsatzvor-

Impressum:

Redaktion:
Sascha Gerhardt (v. i. S. d. P.)
Tel.: 0163.1597230
E-Mail: redakteur@dpolg-nrw.de
Landesgeschäftsstelle:
Graf-Adolf-Platz 6
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211.93368667
Fax: 0211.93368679
Internet: www.dpolg-nrw.de
ISSN 0723-1822



bereitung auf die Silvesternacht 2016 vornehmen. Schließlich konnten auf Basis von 1 210 Strafanzeigen (über 500 davon wegen sexueller Übergriffe) insgesamt 354 Tatverdächtige identifiziert werden. 101 Tatverdächtige waren Algerier, 91 Marokkaner, 37 Iraker, 29 Syrer und 25 Deutsche. 122 Verdächtige hatten einen Antrag auf Asyl gestellt. 52 lebten illegal in Deutschland und bei den weiteren Tatverdächtigen war der Aufenthaltsstatus unbekannt. Es ist demnach klar erkennbar, dass die deutliche Mehrzahl der Tatverdächtigen tatsächlich, wie es nach den Vorfällen bereits gemutmaßte wurde, einem migrantisches Milieu entstammte.

Und es war für die Polizeistrategie des Folgejahres sehr wichtig, dass dies auch klar identifiziert werden konnte, um zielgerichtet präventiv tätig zu werden. Bei den Ermittlungen ging es der Polizei natürlich nicht, wie von Teilen der Politik kolportiert und von Teilen der Medien verbreitet, um eine Stigmatisierung einer Bevölkerungsgruppe. Vielmehr hat die Polizei den Strafanspruch des Staates durchgesetzt und zugleich die Grundlagen für eine sachgerechte Einsatzvorbereitung im Folgejahr gelegt. Sie hat also genau die Aufgaben verfolgt, für die sie originär zuständig ist. Die Ereignisse von Köln, die sich in abgeschwächter Form auch in weiteren Großstädten Deutschlands und sogar in vielen europäischen Ländern ereigneten, waren nicht das Ende einer Gewalteskalation im öffentlichen Raum.

► **Leipzig-Connewitz – Silvester 2019 mit massiven Angriffen auf Einsatzkräfte**

Im Leipziger Stadtteil Connewitz hat sich seit Jahrzehnten eine starke linksautonome Sze-

ne gebildet. Konflikte mit der Polizei gab es regelmäßig. Seit dort Investoren begannen, Neubauvorhaben umzusetzen, richtete sich die Gewalt der Linksextremisten auch gegen Investoren und Mitarbeiter von Baufirmen. So wurde eine Bauingenieurin im Jahr 2019 durch Linksextremisten in ihrer Privatwohnung überfallen und körperlich schwer misshandelt. Der Grund für diese Handlung und das Vorgehen der Linksextremisten gegen die Baufirmen in dem Stadtteil selbst lag darin begründet, dass die autonome Szene sich nicht damit einverstanden zeigte, dass dort anstelle von Sozialwohnungen, höherpreisige Wohnungen entstanden.

Um die körperliche Unversehrtheit der Mitarbeiter der Baufirmen zu schützen und Anschläge auf die Neubauten zu verhindern, wurde die Polizeipräsenz im Stadtteil Connewitz deutlich erhöht. Eine Maßnahme, mit der sich die linksautonomen Anwohner ebenfalls nicht abfinden wollten.

In der Silvesternacht 2019 kam es zu massiven Gewalthandlungen im öffentlichen Raum. Diese konzentrierten sich gezielt auf Einsatzkräfte der Polizei. Ähnlich wie in der Silvesternacht 2022 wurden auch die Beamten in Connewitz seinerzeit massiv mit Pyrotechnik beschossen. Zudem wurden die Beamten offenkundig bewusst in Hinterhalte gelockt, um die Kräfte zu isolieren und so Verletzungen herbeizuführen. Auf diese Weise wurden die Einsatzkräfte teilweise schwer verletzt.

Ähnlich wie seinerzeit in Köln war die Empörung im politischen Raum nach den Ereignissen bundesweit groß. Allerdings galt dies nicht geschlossen für alle politischen Vertreter. So sah die Bundes-

vorsitzende der SPD, Saskia Esken, in der Polizeitaktik die Ursache für die Gewaltentwicklung in der damaligen Silvesternacht. Für sie war insofern Sachsens Innenminister Roland Wöllner und nicht die Autonomen von Connewitz dafür verantwortlich, dass die Beamten angegriffen und schwer verletzt wurden. Die innenpolitische Sprecherin der Linkspartei im Landtag von Sachsen, Ulla Jelpke, sah bei den Beamten die Verantwortung für die Gewaltentwicklung. So hätte die Polizei den Stadtteil Connewitz regelrecht belagert und willkürliche Personenkontrollen vorgenommen.

Vertreter von CDU und FDP verurteilten die Angriffe wiederum scharf. Nach kurzer Zeit beschränkte sich die Debatte auf gegenseitige Vorwürfe der politischen Akteure. Eine nachhaltige Aufarbeitung der Vorgänge in Leipzig hat indes nicht stattgefunden und die Debatte rund um die Silvesternacht 2022 zeigt, dass die Ereignisse von Connewitz 2019 inzwischen überhaupt keine Bedeutung mehr haben. Viele politische Verantwortungsträger scheinen sogar überhaupt keine Erinnerung mehr an die Geschehnisse zu haben.

► **Keinen Zweifel aber ließen die Ermittlungen der Polizei an den Urhebern der Krawalle aufkommen**

Es bestätigte sich, dass es sich bei den Akteuren um die bekannten Vertreter der autonomen Szene sowie um deren Unterstützer handelte. Und auch in diesem Fall war es für die Polizei wichtig, die Urheber der Angriffe zu identifizieren. Einerseits galten die Ermittlungen auch hier der Durchsetzung des Rechtsstaates. Andererseits wurde durch die Ermittlungen, genauso wie in Köln, auch die Grundlage für

eine zielgerichtete Vorbereitung auf bevorstehende Einsatzzlagen mit gleicher Klientel gelegt.

► **„Party- und Eventszene“ 2020 mit Krawallen in vielen Städten**

Im Jahr 2020 sorgten Krawallen in vielen Städten Deutschlands mitten in der Coronapandemie für Aufsehen. Insbesondere Ereignisse in Frankfurt und Stuttgart zeigten massive Gewalt von überwiegend jungen Männern gegen Einsatzkräfte. In Frankfurt ging der Gewalt gegen die Einsatzkräfte eine Auseinandersetzung von ungefähr 20 Personen hervor. Als die Beamten gegen die Aggressoren vorgingen, solidarisierten sich zahlreiche Personen aus einer über 3 000 Personen zählenden Menschenmenge gegen die Polizei und griffen die Beamten massiv an.

Auch diese Ereignisse lösten im politischen Spektrum eine große Empörung aus. Aber ähnlich wie bei der Debatte um die Gewalt in Connewitz gelang es nicht, eine ursachenorientierte Sachdebatte zu führen. Stattdessen wurden politische Grabenkämpfe geführt. Diese befassten sich weniger mit den Vorfällen als mit der Frage, ob man die Herkunft der Tatverdächtigen zum Gegenstand der Debatten und der Berichterstattung machen dürfe oder nicht. Eine echte Aufarbeitung der Hintergründe unterblieb. Es blieb stets bei der Darstellung, dass es sich um Ausschreitungen im Zusammenhang mit feiernden Personen, überwiegend jugendlichen Alters, handelte. Dass die Tätergruppen die Partyszenarie lediglich für ihre Zwecke missbraucht haben könnte, um aus der Personenmehrheit heraus Angriffe auf die Einsatzkräfte vorzunehmen, wurde politisch nicht hinreichend hinterfragt.



Die Polizei agierte in der Folge mit starken Kräften, Sperrungen des öffentlichen Raums in den zuvor identifizierten Brennpunkten und Bereichsbetreuungsverboten, um weitere Auseinandersetzungen zu verhindern. Bis heute ist nicht eindeutig geklärt, warum die Lagen an mehreren Orten in Deutschland beinahe gleichzeitig so eskalierten.

■ Vielfältige Erscheinungsformen von Gewalttätigkeiten

Die beschriebenen Ereignisse sind untereinander nicht unmittelbar vergleichbar und sie sollen auch gar nicht miteinander verglichen werden. Sie sollen vielmehr verdeutlichen, dass sich in der Gesellschaft offenkundig etwas verändert hat.

Massenhafte Übergriffe im öffentlichen Raum (überwiegend gegen Frauen gerichtet) gab es vor den Ereignissen von 2015 in Köln und weiteren Städten überhaupt nicht.

Und gewalttätige Übergriffe von Gruppen gegen Einsatzkräfte kannte man früher regelmäßig, insbesondere im Kontext von Versammlungen oder Großveranstaltungen wie Fußballspielen oder Volksfesten. In jüngster Zeit kam es aber immer häufiger zu massiven Angriffen auf Polizeikräfte im Zusammenhang mit nicht organisierten Veranstaltungen wie Silvesterfeierlichkeiten oder sonstigen Feierlichkeiten im öffentlichen Raum.

■ Angriffe auf Rettungskräfte belegen, dass es immer weiter eskaliert

Zuletzt richteten sich die Angriffe zudem auch verstärkt gegen Kräfte der Feuerwehr und andere Rettungskräfte. Auffällig ist zudem, dass es sich re-

gelmäßig nicht um singuläre Ereignisse handelt. Sowohl die Ereignisse von Köln und bei den Angriffen im Zusammenhang mit der „Party- und Eventszene“ als auch bei den Ausschreitungen der vergangenen Silvesternacht war zu beobachten, dass gleichgelagerte Ereignisse zeitgleich an unterschiedlichsten Orten in Deutschland stattfanden.

Da deutlich erkennbar ist, dass es sich bei den Ereignissen keineswegs um Einzelfälle handelt, bedarf es einer zielgerichteten Analyse und Intervention, um zu verhindern, dass sich derartige Situationen verstetigen.

Außer bei den Ereignissen von Köln ist leider zu beobachten, dass eine öffentliche Aufarbeitung weitgehend ausgeblieben ist. Und auch in Köln war die politische Aufarbeitung recht oberflächlich und bezog sich überwiegend auf die Frage der Herkunft der Täter. Die Frage, wie es zu den Ereignissen kommen konnte, beschäftigte weite Teile der Politik völlig unzureichend.

Da zuletzt immer häufiger Polizei und Rettungskräfte angegriffen wurden, muss sich die oben bereits angeführte notwendige Analyse auf verschiedene Ebenen beziehen.

Einerseits ist es Aufgabe der Polizei, die Tätergruppen zu analysieren, um den Angriffen durch präventive polizeiliche Maßnahmen gezielt entgegenwirken zu können. Zugleich bedarf es aber auch einer politischen Bewertung der Situation, die über die bisher ausgetragenen Grabenkämpfe hinausgeht. Auch die Politik muss ein Interesse haben, Täter und Ursachen für die Handlungen zu kennen, um die notwendigen Beschlüsse für entsprechende Konzepte fassen zu können.

Solange Ursachen und Motive nicht klar auf dem Tisch liegen, können mit den Mitteln der Polizei nur die jeweiligen Ereignisse, nicht aber deren Entstehung bekämpft werden. Die Polizei ist schließlich nur ein öffentlicher Akteur von vielen. Sie hat eine konkrete Aufgabenzuweisung und kann im interdisziplinären Netzwerk mit ihrer Expertise wichtige Informationen beisteuern. Konzepte zur Prävention müssen aber weitestgehend durch andere Akteure entwickelt werden.

■ Es war schon immer wichtig, die Motivlage zu kennen

Wie bereits zuvor beschrieben, ist die Polizei auch schon in der Vergangenheit Ziel von Angriffen gewesen. Im Zusammenhang von Versammlungslagen lag die Ursache für die Angriffe zum Beispiel oftmals darin begründet, dass die Polizei als Vertreter eines abgelehnten Staates betrachtet wurde.

Die Angriffe erfolgten insofern auf Grundlage einer extremistischen politischen Haltung. Dieses Erkenntnis war bereits ein wichtiger Baustein, um zum Beispiel Konzepte für die Bewältigung ähnlich gelagerter Einsätze zu entwickeln.

Bei wiederkehrenden Ereignissen wie den Versammlungen rund um den 1. Mai in Berlin, gelang es zum Beispiel durchaus, den immer weiter ausufernden Eskalationen entgegenzuwirken. Dies gelang nur, weil sehr gut analysiert war, welche Ursachen für die Eskalationen vorlagen. Aus den gewonnenen Erkenntnissen ließen sich durch unterschiedliche öffentliche Akteure entsprechende Konzepte entwickeln. Dies verhindert zwar nicht vollständig die Gewalt am 1. Mai in

Berlin. Die Situation ist gegenwärtig aber überhaupt nicht mehr mit den Gewaltexzessen der Vergangenheit zu vergleichen.

Will man der gegenwärtigen Situation wirksam entgegen treten, muss also klar sein, wer die Täter sind und welche Motivlage sie haben. Die bloße Vermutung, dass aus einer Staatsverachtung oder aus einer religiösen Motivlage heraus gehandelt wird, kann kaum zielführend sein. Genauso wenig hilfreich ist es, dies zu negieren.

Um Klarheit zu schaffen, müssen Ermittlungen geführt und Ergebnisse politisch bewertet werden. Politische Positionen, in denen die Polizei stets dem Verdacht des Rassismus ausgesetzt ist, weil sie zielgerichtete Ermittlungen vornimmt, bilden keine Basis für Aufklärung und fördern zudem Ressentiments gegen die Polizei. Handlungen der Polizei entspringen nicht den persönlichen Vorlieben von Beamtinnen und Beamten. Stattdessen setzen sie um, was ihnen qua Gesetz aufgetragen wird. Leider wird von vielen politischen Vertretern ganz bewusst ein Zerrbild der Polizei verbreitet. Es muss gefolgert werden, dass die hieraus resultierenden Ressentiments die Grundlage für Angriffe auf Polizisten und Rettungskräfte bilden. Insofern ist die Forderung der DPolG NRW, die Politik möge der Polizei den notwendigen Respekt entgegenbringen, ein elementarer Baustein bei der Bekämpfung der Gewalt gegen Einsatzkräfte.

■ Die DPolG NRW erhebt klare Forderungen

Der Landesvorsitzende der DPolG NRW, Erich Rettinghaus, stellt heraus: „Die Gewalt im öffentlichen Raum, die sich immer mehr gegen Einsatzkräfte der Polizei und



Rettungskräfte richtet, hat ein Ausmaß erreicht, das bei Weitem nicht mehr hinnehmbar ist. Kein Verantwortungsträger darf diese Zustände mehr ignorieren und schon gar nicht tolerieren. Es sind nunmehr unmittelbare Reaktion des Staates auf verschiedenen Ebenen erforderlich. Die Politik darf sich nicht länger darauf beschränken, die Ereignisse, wie sie zuletzt Silvester zu beobachten waren, nur zu kritisieren. Stattdessen braucht es eine gründliche politische Aufarbeitung der Ereignisse auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Die Erkenntnisse, die aus diesen Prozessen gewonnen werden, müssen in klare Handlungskonzepte überführt werden. Einige davon liegen klar auf der Hand, weil sie mit Personal – also mit der Einstellungspolitik zu tun haben.

Insofern ist ausdrücklich positiv hervorzuheben, dass die Einstellungsoffensive bei der Polizei NRW weitergeht. Allerdings braucht es auch qualitativ hochwertige Bewerber und ein Auswahlverfahren, das auch noch eine echte Auswahl beinhaltet. Dass die Forderung der DPolG NRW, Realschüler über entsprechende Fachschulen für das Studium zu qualifizieren, umgesetzt wurde, ist ein wichtiger Baustein für die Auswahl geeigneter Bewerber bei gleichzeitig hoher Einstellungszahl und wird ausdrücklich begrüßt.

Erich Rettinghaus ergänzt, dass neben der Polizei aber auch die Kommunen in die Lage versetzt werden müssen, ihren Aufgaben auf verschiedenen Ebenen gerecht zu werden.

„Ich habe bereits unmittelbar nach der Silvesternacht deutlich gemacht, dass der mas-

senhafte Beschuss von Einsatzkräften durch Pyrotechnik auch durch Ausweitung von Böller-Verbotzonen unterbunden werden muss. Kommunale Ordnungsdienste (KOD), die operativ im Bereich der allgemeinen Gefahrenabwehr tätig sind, müssen zukünftig flächendeckend auch zu Silvester eingesetzt werden, um diese Verbotzonen auch durchzusetzen. Es ist deutlich erkennbar, dass die seit Jahren von der DPolG NRW erhobene Forderung nach Einführung und Aufstockung kommunaler Ordnungsdienste bislang völlig unzureichend umgesetzt ist. Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen – nicht nur zu Silvester – muss da die Frage erlaubt sein, warum die Kommunen hier ihrer Verantwortung nicht gerecht werden“, machte der Landesvorsitzende unmissverständlich deutlich, dass die gegenwärtige Situation durch die DPolG nicht einfach hingenommen wird.

Darüber hinaus fordert die DPolG NRW die Kommunen auf, auch im Bereich der Sozialpädagogik und Sozialarbeiter, die unmittelbar in den Vierteln ihres Zuständigkeitsbereichs wirken, mehr Handlungsfähigkeit herzustellen. „Es kann nicht sein, dass die Kommunen bei der Bewältigung vieler Aufgaben, so auch bei der Integration von Zuwanderern, alleine gelassen wird. Wenn sich die finanziellen Belastungen nachteilig auf die Einstellungsmöglichkeiten der Städte entwickeln, ist das vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Entwicklungen ein Desaster. Bund und Land stehen in der Verantwortung, notfalls auch zweckgebunden Finanzmittel für die Kommunen bereitzustellen“, ergänzte Erich Rettinghaus den Forderungskatalog der DPolG NRW.

■ Gesetzgeber gefordert

In zahlreichen Studien haben Soziologen nachgewiesen, dass eine schnelle Verurteilung erfolgen muss, wenn die Strafe auch einen nachhaltigen Effekt beim Täter erzeugen soll. Die Justiz ist einerseits personell oft nicht in der Lage, die Verfahren zeitgerecht abzuschließen. Oftmals fehlt aber auch das Handwerkszeug, Verurteilungen überhaupt vorzunehmen. Daher braucht es nach Auffassung der DPolG NRW auch eine Anpassung im Strafrecht – genauer gesagt beim Landfriedensbruch. Derzeit ist es nicht möglich, Personen strafrechtlich zu verfolgen, die sich in einer Menschenmenge befinden, aus der heraus Handlungen des Landfriedensbruchs begangen werden, wenn ihnen keine konkrete Tathandlung nachgewiesen werden kann. Das läuft dem eigentlichen Zweck des Landfriedensbruchs zuwider. Wer sich aus einer Menschenmenge, aus welcher heraus Straftaten begangen werden, die einen Landfriedensbruch oder schweren Landfriedensbruch darstellen, nach Aufforderung nicht entfernt, muss sich selbst für einen Landfriedensbruch verantworten.

■ Verschärfung des Strafrechts nach den Ereignissen von Köln ein Erfolg

Einen ähnlichen Weg ist der Gesetzgeber auch nach der Kölner Silvesternacht gegangen. Da man vielen Personen auf dem Domplatz keine individuelle Handlung nachweisen konnte. Schließlich fiel die Bilanz der Ermittlungsverfahren sehr ernüchternd aus. Die über 500 Strafverfahren wegen des Verdachts von Sexualdelikten, führten lediglich zu zwei Verurteilungen nach dem Jugendstrafrecht.

Diese Verurteilungen waren nur möglich, weil die Täter ihre Handlungen auf Selfies festgehalten hatten.

Auf diesen Umstand hat der Gesetzgeber im Jahr 2016 im „Gesetz zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung“ reagiert, denn viele der Handlungen, die in der Kölner Silvesternacht angezeigt wurden, waren zum damaligen Zeitpunkt noch nicht strafbar. Den Tatbestand der sexuellen Belästigung (§ 184 i StGB) gab es zum Beispiel noch nicht.

Zusätzlich wurde mit dem § 184j StGB „Straftaten aus Gruppen“ die Möglichkeit geschaffen, Personen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, die sich in einer Personengruppe befinden, aus welcher heraus eine Straftat nach den §§ 177 StGB „Sexueller Übergriff“, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung“ oder 184 i StGB „Sexuelle Belästigung“ begangen wird.

„Wenn der Rechtsstaat sich erfolgreich gegen die eskalierende Gewalt im öffentlichen Raum zur Wehr setzt und Bürgerinnen und Bürger, die Einsatzkräfte der Polizei sowie Rettungskräfte vor Übergriffen schützen will, braucht es auf unterschiedlichsten Ebenen klare Entscheidungen. Eine Anpassung des Strafrechts gehört neben den anderen Aspekten, die durch die DPolG NRW aufgeführt worden sind, auch zu den dringend erforderlichen Maßnahmen. Die DPolG NRW wird den Prozess der Aufarbeitung konstruktiv begleiten. Denn eine Wiederholung oder ein „Weiter so“ werden wir zum Schutz von Polizistinnen und Polizisten sowie von Rettungskräften nicht hinnehmen, zeigte sich Erich Rettinghaus fest entschlossen.

Einsatzbetreuung in Lützerath

Erich Rettinghaus und Michael Habeck verschafften sich in Lützerath einen eigenen Eindruck vom Einsatzgeschehen. Hierbei wurden sie von Kollegen über positive Aspekte des Einsatzes, aber auch über Missstände informiert. Zudem konnten zahlreiche nützliche Give-aways an die Einsatzkräfte übergeben werden.



> Erich Rettinghaus (links) und Marc Lürbke (rechts) informierten sich detailliert über den Einsatz.

Es hatte sich schon vor Monaten abgezeichnet, dass die Räumung von Lützerath ein polizeilicher Großeinsatz werden wird, der allen beteiligten Einsatzkräften viel abverlangen würde. Daher waren bereits am ersten Tag

der Räumung, dem 11. Januar 2023, der Landesvorsitzende der DPolG, Erich Rettinghaus, und sein Kollege aus dem geschäftsführenden Vorstand, Michael Habeck, im Rahmen der Einsatzbetreuung den ganzen



> Auch der Inspekteur der Polizei des Landes NRW, Michael Schemke, ließ es sich nicht nehmen, sich mit dem Landesvorsitzenden der DPolG NRW, Erich Rettinghaus, sowie dem innenpolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Marc Lürbke, über den Einsatz auszutauschen.



> Der Landesvorsitzende gab zahlreichen Medienvertretern Interviews und stellte hierbei immer wieder die Professionalität der Einsatzkräfte heraus.

Tag vor Ort, um stets ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Kolleginnen und Kollegen zu haben.

Probleme und Schwierigkeiten bei der Einsatzbewältigung konnten bei den anwesenden Vertretern der DPolG unmittel-



> Davon, dass die Technischen Einsatzeinheiten (TEE) nicht nur mit schwerem Gerät, sondern auch im Falle von Höhenrettungen sehr professionell agierten, konnten sich Erich Rettinghaus und Michael Habeck mehrfach überzeugen.



> Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen freuten sich über diverse nützliche Give-aways der DPoIG.

bar benannt werden und wurden für die spätere Nachbereitung „mitgenommen“, wenn nicht sofort Abhilfe geschaffen

NRW, Marc Lürbke, geführt werden konnten. Im Rahmen dieses Austausches wurde sehr deutlich auf die Einsatzbelastung, aber auch auf die Professionalität der Kolleginnen und Kollegen beim Einschreiten hingewiesen.

Um genau diesen eingesetzten Kräften eine Stimme zu geben, hat sich Erich Rettinghaus in mehrere Stellungnahmen Printmedien sowie Fernseh- und Radiosendern gegenüber positioniert und sich vor die Kolleginnen und Kollegen gestellt, um bereits im politischen Raum verbreitete Kritik sachlich zu bewerten und wenn erforderlich zurückzuweisen.

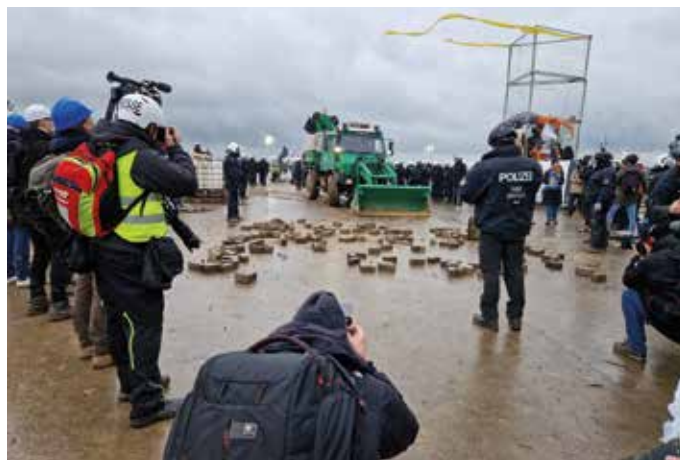
Aus der Sicht von Erich Rettinghaus und Michael Habeck war die Einsatzbetreuung ein großer Erfolg. Neben guten Gesprächen und vielen Unterstützungsangeboten, konnten auch eine Menge praktischer Give-aways an zahlreiche dankbare Kolleginnen und Kollegen übergeben werden.

Rettinghaus und Habeck begrüßten es zudem außerordentlich, dass bereits vor Ort konstruktive Gespräche mit dem Inspekteur der Polizei, Herr Michael Schemke, und dem innenpolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion

Auch zukünftig wird sich die DPoIG NRW sowohl bei großen Lagen, aber auch bei kleinen Herausforderungen mit ganzem Engagement für die Kolleginnen und Kollegen einsetzen.

Der Einsatz wurde auch nach dem ersten Tag der Räumung durch die DPoIG NRW weiter verfolgt. Das hohe Maß an Professionalität und die Besonnenheit der Einsatzkräfte, welche Erich Rettinghaus, Michael Habeck und auch der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion bereits am 11. Januar 2023 persönlich beobachten konnten, wurde durch den gesamten Einsatzverlauf beibehalten. Mit Un-

kariert die von Innenminister Herbert Reul proklamierte Null-Toleranz-Strategie. Herbert Reul hatte in der Vergangenheit stets betont, dass durch seine Strategie der Rechtsstaat gestärkt und Erfolge auf allen Feldern der Kriminalitätsbekämpfung erzielt werden solle. Dass dies nun im Kontext zu politisch motivierter Kriminalität nicht mehr im vollen Umfang gelte, ist für die DPoIG NRW nicht akzeptabel“,



> Die Einsatzsituation machte mehrfach den Einsatz schweren Geräts erforderlich.

verständnis hat Erich Rettinghaus zur Kenntnis genommen, dass mehrere Hundert Straftäter den Einsatzort verlassen konnten, ohne dass deren Identität festgestellt wurde. Diese Entscheidung wurde getroffen, um deeskalierend auf das Einsatzgeschehen einzuwirken. „Die Suspendierung von Straftatbeständen konter-

stellte der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus heraus, dass hier seitens der Gewerkschaft noch ein großer Diskussionsbedarf bestehe. Eine genaue Einsatzanalyse wird die DPoIG NRW vornehmen, wenn der Einsatz vollständig abgeschlossen ist. Hierzu wird im POLIZEI-SPIEGEL dann ausführlich berichtet.



> An verschiedenen Stellen des Einsatzraums konnten Erich Rettinghaus und Michael Habeck sehen, dass sich die Besetzer des Areals auf Konfrontationen mit der Polizei vorbereitet hatten. So auch an diesem Wohnanhänger, der zu einem Steinlager umfunktioniert wurde.

> Kleiner Wunsch und großes Lächeln – Spendenaktion des DPolG-Kreisverbands Münster ein voller Erfolg!

Der KV Münster bringt Kinderaugen zum Glänzen

Von Julia Fritsch

Dieses Jahr hat sich der Kreisverband Münster für die Weih-

konnten Kinder des Vinzenswerkes Handorf, ein sozial- und heilpädagogisches Heim für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, einen Wunschzettel für Weihnachten schreiben und diesen in den Münster Arkaden hinterlegen.

Der DPolG-KV Münster beschloss einvernehmlich, dass er gerne möglichst viele Wünsche dieser Kinder erfüllen möchte. Deswegen beteiligte er sich mit einem Spendenbetrag von 400 Euro

daran. Ebenso wurden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des PP Münster dazu eingeladen, ebenfalls zu spenden. Schlussendlich wurden dadurch nochmals ganze 810 Euro gesammelt! Mit einer Gesamtsumme von 1 210 Euro konnte zahlreichen Kindern ein Lächeln ins Gesicht gezaubert werden.

In einer „Einpackaktion“ am 14. Dezember 2022 kamen die Mitglieder zusammen und verpackten liebevoll, die von der Spendensumme gekauften Geschenke. Diese wurden am gleichen Tag durch die stellvertretende Vorsitzende Svenja Swoboda sowie den Beisitzer

Yannick Klein feierlich an Frau Bliedtner, Verantwortliche der Aktion „Kleiner Wunsch – großes Lächeln“ übergeben. Frau Bliedtner nahm die Geschenke hocherfreut entgegen und dankte sich vielmals bei allen Spendern.



© DPolG NRW (2)

> Von links: Yannick Klein (DPolG-KV Münster, Beisitzer), Frau Bliedtner (Verantwortliche der Aktion „Kleiner Wunsch – großes Lächeln“), Svenja Swoboda (DPolG, KV Münster, stellvertretende Vorsitzende)

nachtszeit etwas Besonderes überlegt: Unter dem Motto „Kleiner Wunsch und großes Lächeln“



> Schon die „Einpackaktion“ machte den Initiatoren des DPolG-Kreisverbands Münster sehr viel Freude. Dank breiter Unterstützung gelang es, alle Geschenke schön zu verpacken.

Wachwechsel im Hochsauerlandkreis – Amt des Vorsitzes in neue Hände gelegt

Der Kreisverband der DPolG im HSK führte am 10. November 2022 seine diesjährige Hauptversammlung durch. In der Hiebammenhütte bei Brilon konnten nach den Einschränkungen der vergangenen Jahre zahlreiche Mitglieder des Kreisverbands in bester Atmosphäre begrüßt werden.

Nach den Berichten des Vorstands, insbesondere zu Finanzlage und Tätigkeiten in der zurückliegenden Periode, standen die Wahlen zum Kreisvorstand an. Eingangs erklärte Georg Mohr als amtierender Vorsitzender, dass er sein Amt zur Verfügung stellen werde.

„Dieser Schritt war im Vorstand bereits in 2019 vereinbart worden. Nach entsprechender Vorbereitung, sollte dieser Schritt nunmehr in der heutigen Hauptversammlung des Kreisverbands vollzogen werden.“ Mit diesem Schritt verbunden waren weitere personelle Veränderungen im Kreisvorstand, sodass sich die Wahlen auch auf Ämter über den



© DPolG-KV Hochsauerlandkreis

> Georg Mohr (Fünfter von links) gab nach 24 Jahren als Vorsitzender seine Funktion ab – das bedeutet für ihn aber längst nicht das Ende als aktiver Gewerkschafter. Er wird weiter im PHPR sowie als stellvertretender Vorsitzender des KV Hochsauerlandkreises tätig sein.

regelmäßigen Rhythmus hinaus erstrecken.

In das Amt des Vorsitzenden des Kreisverbands der DPolG im HSK wurde auf Vorschlag der Kollege Marcell Klein gewählt. Marcell ist seit 2009 im Vorstand tätig und führte dort mit Akribie die Kassengeschäfte. Sein Engagement im Kreisverband sowie auch im

Personalrat der KPB HSK hat gezeigt, dass er die richtige Wahl für den Posten des Kreisvorsitzenden ist. Beim Landesverband längst als guter Gewerkschafter bekannt, wird er den Kreisverband Hochsauerlandkreis ori-

entiert und sicher in die Zukunft führen.

Dem scheidenden Vorsitzenden Georg Mohr drückte Marcell Klein seinen persönlichen Dank für dessen langjährige Arbeit aus. Georg Mohr hat das Amt des Vorsitzenden im Kreisverband am 11. März 1998 übernommen. Damit hat er das Amt

über 24 Jahre geführt. Freizeit und Idealismus sind in die Arbeit für die Gewerkschaft geflossen. Immer für die Kolleginnen und Kollegen ansprechbar gewesen zu sein, sich für die Sache zu engagieren und das trotz aller sonstigen dienstlichen und persönlichen Belastungen war nicht einfach. Georg stimmte Marcell gerne zu, wenn dieser resümiert: „Man hat es dir in der letzten Zeit angemerkt.“ Unter diesem Aspekt überreicht er Georg im Namen der Kolleginnen und Kollegen des Kreisverbands als Präsent einen Gutschein „zur Erholung und Entspannung“ in der Börde-Therme.

Vom Landesverband schloss sich Jürgen Franke diesem Dank an. Er betonte, dass er zunächst jedenfalls noch weiter auf die gute Zusammenarbeit mit Georg im PHPR bauen könne. Einen Abschied Georgs von den gewerkschaftlichen Ämtern sehe er daher noch nicht.